Freitag, den 19. Februar 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Lodzer Volkszeitung

Einzelnummer 15 Groschen

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 50. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

10. Jahrg.

Der deutsche Abrüstungsvorschlag.

Deutschland wird nur einer solchen Abrüstungskonvention beistimmen, deren Bestimmungen für alle Staaten in gleicher Weise gelten werden.

Genf, 18. Februar. Die deutschen Abrüstungsvorschläge sind heute veröffentlicht worden. Deutschland schlägt u. a. **die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung von Milizheeren, die Begrenzung der Polizei, die Abschaffung der schweren Artillerie, der Tanks, von Kriegsschiffen über 10 000 Tonnen, der Unterseeboote, aller Luftstreitkräfte vor. Weiter soll der chemische Krieg durch Gase und bakteriologische Stoffe verboten werden und eine Offenlegung aller Rüstungen erfolgen. Bezüglich der Ausgabenbeschränkung wird nach Artikel 8 der Völkerbundsatzung ein offener und erschöpfender Austausch von Angaben über die Rüstungsausgaben zwischen den einzelnen Staaten vorgeschlagen und die budgetäre Rüstungsbeschränkung abgelehnt.**

Die Durchführung und Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen soll durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren der Ueberwachung sichergestellt werden.

In der einleitenden Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß **Deutschland bereits entwaffnet** sei und daß die deutsche Entwaffnung als richtunggebend für die Abrüstung sämtlicher Mitglieder angesehen werden müsse, um so mehr, **als der Völkerbund nur aus gleichberechtigten Mitgliedern bestehen könne.** Es wird sodann daran erinnert, daß die Mängel und Lücken des Entwurfs der vorbereitenden Abrüstungskommission die deutsche Regierung zur Ablehnung des Entwurfs gezwungen haben und es werden die Gründe für diese Ablehnung noch einmal wiederholt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorschläge der deutschen Regierung auf dem Grundsatz beruhen, **daß künftig nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen könne.** Schließlich wird erklärt, daß die deutsche Regierung **nur eine solche Konvention für annehmbar halte,** deren Bestimmungen **für sie in gleicher Weise wie für die anderen Staaten gelten würden.**

Die mündliche Begründung.

Botschafter Nadolny begründete die deutschen Abrüstungsvorschläge wie folgt: Es lag vielleicht für Deutschland nahe, einfach die gesamten amtlichen Bestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands in entsprechenden Konventionsentwürfen zusammenzustellen und vorzulegen. Denn diese Art der Entwaffnung ist in mehreren Staaten (die im Weltkrieg besiegten Staaten. Die Red.) seit einer Reihe von Jahren praktisch zur Anwendung gelangt und nach dem Willen derer, die sowohl diese Entwaffnung als auch den Art. 8 des Völkerbundstatuts festgesetzt haben, sollen sie die allgemeine Abrüstung einleiten. Wir haben es vorgezogen, einen anderen Weg zu wählen, denn wir wollen dazu beitragen, daß diese Konferenz zu einem positiven Ergebnis führt. Ich habe Ihnen, ohne die Grundlagen der amtlichen Bestimmungen zu verlassen, nur die Hauptgrundsätze dieser Bestimmungen vorgelegt, deren Anwendung wir für alle Staaten als möglich erachten. Außerdem haben wir noch Vorschläge hinzugefügt, die nach unserer Ansicht eine Abrüstung wirksam und nachhaltig machen können. Unsere derart zustande gekommenen Vorschläge umfassen das ganze Gebiet der Abrüstung. Es sind nicht lediglich einzelne Ergänzungen zu Konventionsentwürfen der vorbereitenden Kommission, sondern es handelt sich um die Grundzüge eines Planes, den wir neben dem aus der vorbereitenden Kommission hervorgegangenen Entwurf zur Diskussion stellen. Zwei leitende Gedanken kommen darin zum Ausdruck: einmal **die völlige Beseitigung der Waffen, die vorwiegend für Angriffszwecke gebraucht werden,** darunter namentlich derjenigen, die auch die Zivilbevölkerung bedrohen und im übrigen die **Durchführung einer alle Rüstungsfaktoren umfassenden wirksamen Abrüstung, Verminderung und Begrenzung.**

Nachdem Botschafter Nadolny sehr eingehend die Arten der Angriffswaffen, die beseitigt werden sollen, und die Durchführungsweise für die Abrüstung behandelt hatte, besprach er wie folgt den Sinn und die Bedeutung der deutschen Abrüstungsvorschläge: Wir sind hier zusammengekommen, um die allgemeine Abrüstung zu vereinbaren. Die Vereinbarung soll für uns alle gelten, also auch für Deutschland. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, ist ausdrücklich als ein vollberechtigtes Mitglied in ihm aufgenommen worden. Für seine Rüstung hat darum in gleicher Weise wie für alle Mitglieder der Artikel 8 des Völkerbundstatuts maßgebend zu sein. Die Konferenz wird sicherlich nicht annehmen wollen, daß auch nur für ein Bundesmitglied andere Vorschriften Anwendung finden könnten, als die im Pakt vorgesehenen. Im übrigen hat vor einigen Tagen der Vertreter Ungarns nachgewiesen, daß die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge durch die nach dem Artikel 8 abzuschließende neue Konvention abgelöst werden müssen. Ich kann mich seinen Ausführungen nur anschließen und darf hinzufügen, daß es keine Bestimmung im Vertrag von Versailles gibt, die diese Sachlage ändern könnte. Deutschland ist bereit unter der Voraussetzung, daß die abzuschließende Konvention für Deutschland die gleiche Bedeutung hat wie für alle anderen Staaten, alles daran zu setzen, um die Aufgabe der Konferenz zu lösen. Deutschland ist auch bereit gegenüber den anderen Staaten auf das Bedürfnis nach ihrer nationalen Sicherheit jede Rücksicht zu nehmen. Allerdings kann und darf das Bedürfnis nach Sicherheit nicht die Abrüstung überhaupt verhindern. Die Sicherheit wird in erster Linie durch eine weitgehende allgemeine und daher möglich gleichwirkende Abrüstung gewährleistet. Für die Schaffung einer internationalen Polizeimacht, die Frankreich vorschlägt, ist in der Tat ein allgemeiner Rüstungsausgleich die Voraussetzung.

Französische Abordnung sagt: Unannehmbar.

Genf, 18. Februar. Der Führer der französischen Abordnung Boncour erklärte am Donnerstag der Presse, daß die deutschen Vorschläge der Form nach zwar durchaus gemäßigt seien, inhaltlich jedoch für Frankreich völlig unannehmbar wären, insbesondere da die deutsche Regierung den von England und den Vereinigten Staaten grundsätzlich bereits angenommenen Abkommensentwurf des Völkerbundes als Verhandlungsgrundlage ablehne.

Die englische Abordnung dagegen hält die Vorschläge für diskutabel.

Dagegen wird von seiten der englischen Abordnung hervorgehoben, daß die deutschen Vorschläge durchaus die Tür für weitere Verhandlungen offen ließen und daß einige Punkte der deutschen Vorschläge annehmbar seien, während andere Punkte, wie die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nicht durchführbar wären.

Front gegen deutschen Vorschlag.

Genf, 18. Februar. Wie von unterrichteter Seite verlautet, beabsichtigen die Abordnungen von Frankreich, Belgien, Polen, Finnland und der kleinen Entente als Gegenvorstoß gegen die deutschen Abrüstungsvorschläge einen neuen gemeinsamen Antrag einzubringen, der im schroffen Gegensatz zu den deutschen Vorschlägen als Hauptpunkt der allgemeinen Abrüstung Ueberwachung der Herabsetzung der Heeresausgaben aller Staaten fordert.

Die Aufnahme des Vorschlags.

In Berlin.

Berlin, 18. Februar. Die deutschen Abrüstungsvorschläge werden in einem Teil der heutigen Abendblätter eingehend besprochen. Die „Vossische Zeitung" nennt sie den Prüfstein, an dem sich sehr bald erweisen werde, ob der ehrliche Wille zu wirklicher Abrüstung auf der Basis gleichen Rechtes in der Welt vorhanden ist. Das „Berliner Tageblatt" bezeichnet die Vorschläge als einen Weg, die Gleichheit aller auf dem Gebiet der Abrüstung zu nahezu 100 v. H. zu erreichen. Ihr taktischer **Zweck sei, die Konferenz** in der Frage der Gleichberechtigung zu einer klaren Entscheidung zu zwingen. Der „Vorwärts" spricht von maßvollen und geschickt begründeten Vorschlägen. Ihr politischer Kernpunkt liege in dem Hinweis auf die Forderung des ungarischen Delegierten Graf Apponyi, daß die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge durch die künftige internationale Rüstungskonvention abgelöst werden müssen. Die „D.A.Z." schreibt in ihrem Genfer Stimmungsbild, daß es weniger auf die in diplomatischen Erwägungen wurzelnden Grundzüge der These ankomme, als auf die ganz ausgezeichneten und wirkungsvollen Formulierungen des Abrüstungsentwurfes.

In Genf.

Genf, 18. Februar. Allgemein wird hier die sachliche Schärfe der deutschen Vorschläge sowie die gemäßigte Form der Vorbringung hervorgehoben. Die französische Abordnung erklärte, daß sie das Höchstmaß an sachlichen Forderungen, gekleidet in das Mindestmaß von gemäßigter Formulierung darstellen. Die deutschen Vorschläge sind auf italienischer Seite warm begrüßt worden. Jedoch wird auf italienischer Seite die Forderung auf Abschaffung der Wehrpflicht und der Grenzbefestigungen nicht als durchführbar angesehen. Die praktische Bedeutung der deutschen Vorschläge für die weitere Arbeit der Abrüstungskonferenz wird übereinstimmend dahin gewertet, daß die Konferenz nunmehr gezwungen sein wird, in den Ausschüssen neben dem Abkommensentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz und den französischen Vorschlägen **auch über** die deutschen Forderungen zu verhandeln.

Das „Journal de Geneve" faßt den Eindruck der deutschen Vorschläge folgendermaßen zusammen: Ein Maximum an Forderungen mit einem Minimum an Schärfe. Zwischen Frankreich und Deutschland seien die Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze, die Ausgangspunkte und die Ziele ungeheuer; aber keine sei derart, daß man nicht mit Nutzen verhandeln und sich verständigen könne, wenn man wolle. Der deutsche Standpunkt ist von Herrn Nadolny mit Geschick, mit Höflichkeit und in dem Geiste der bisherigen Aussprache vorgetragen worden. In dieser Hinsicht habe Nadolny zu dem Erfolg der Konferenz einen positiven Beitrag geliefert.

In London.

London, 18. Februar. Die Abendpresse veröffentlicht in Fettdruck Genfer Berichte über die deutschen Vorschläge, die „durchgreifend" genannt werden, und betont vor allem das deutsche Eintreten für Abschaffung der Unterseeboote. „Berlin ersucht um Gleichheit", so überschreibt „Star" seinen Bericht. „Evening Standard" unterstreicht Nadolnys Forderung nach einer magna charta der Rüstungen für die Sicherheit der Welt. Ein Genfer Reuter-Bericht besagt: „Der umfassende konkrete Charakter der Vorschläge hat tiefen Eindruck gemacht".

Der Standpunkt Bulgariens in der Abrüstungsfrage.

Genf, 18. Februar. Der bulgarische Kammerpräsident Malinoff erklärte in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz, daß seine Regierung eigene Abrüstungsvorschläge nicht einreichen wolle. Diese Aufgabe müsse sie den Großmächten überlassen. **Alle wirksame Bürgschaften für die Sicherheit seien Bulgarien genommen worden. Das Ansehen des Völkerbundvertrages würde am besten durch die Wiederherstellung der Gleichberechtigung und der Freiheit aller Völker gestärkt.**

Streik in den Kohlenbergwerken.

Da der Verband der Kohlenbergwerkbesitzer nicht von der Forderung nach einer 8prozentigen Lohnkürzung Abstand genommen hat, ist der für diesen Fall vom Zentralen Bergarbeiterverband proklamierte Streik in den Kohlenberwerken der Bezirke Dombrowa und Krakau gestern morgens ausgebrochen. Der Streikparole haben die Arbeiter sofort Folge geleistet, nur ungefähr 750 nicht organisierte Bergarbeiter arbeiteten in kleineren Bergwerken. Insgesamt wurden in den Kohlenbergwerken des Dombrowaer Bezirks an 30 000 Arbeiter beschäftigt.

Vom Senat.

Ratifizierung des Vertrags mit Deutschland in Sachen des Transitverkehrs.

In der gestrigen Senatssitzung referierte Senator Loewenherz (Regierungspartei) über die Ratifizierung des polnisch-deutschen Vertrags in Sachen der Erleichterung des Eisenbahntransitverkehrs zwischen Preußen und dritten Staaten über polnisches Gebiet. Der Referent unterstrich, daß der Ratifizierungsantrag ein Beweis für die Friedenseinstellung Polens und für den Willen Polens, mit Deutschland gute Beziehungen aufrecht zu erhalten, ist. Der Vertrag zeigt auch, daß Polen keinerlei Schwierigkeiten im Transitverkehr bereitet.

Der Vertrag wurde ratifiziert.

Außerdem ratifizierte der Senat noch eine Reihe anderer zwischenstaatlicher Verträge und nahm einige weniger wichtige Gesetzesentwürfe an.

Das Protokoll des „Brest"-Prozesses.

Die Verhandlung des „Brest"-Prozesses in der Berufungsinstanz in weiter Sicht.

Sofort nach Beendigung des Brest-Prozesses ist der in diesem Prozeß amtierende Sekretär, Assessor Jakubicc, an die Bearbeitung des überaus umfangreichen Gerichtsprotokolls herangetreten. Trotzdem wird die Fertigstellung des Protokolls in Schreibmaschinenschrift erst Ende dieses Monats möglich sein. Erst dann wird das Gericht die Urteilsbegründung schriftlich aufsetzen und den Verurteilten oder ihren Verteidigern ausfolgen können. Auch der Richter Leszczynski, der bei der Urteilsfällung für Freispruch der Angeklagten eintrat, wartet auf das Protokoll, um seinen Sonderstandpunkt zu begründen. Somit wird es noch lange dauern, bis der Prozeß in der zweiten Instanz verhandelt werden wird.

Painleve mit der Kabinettsbildung betraut

Paris, 18. Februar. **Der Präsident der französischen Republik hat den ehemaligen Ministerpräsidenten Paul Painleve mit der Kabinettsbildung beauftragt. Painleve hat angenommen.**

Painleve hat seine Verhandlungen um die Neubildung des Kabinetts aufgenommen. Er empfing zunächst die Vertreter der Radikalsozialen mit Herriot und Daladier an der Spitze.

Painleves Aussichten scheinen jedoch nicht gut zu sein, da die Rechtsgruppe Marins sich einmütig geweigert hat, einem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu schenken, der nicht der bisherigen Mehrheit angehört.

Als die Stellungnahme der Rechten bekannt wurde, traten die Radikalsozialisten zu einer Fraktionssitzung zusammen.

Pariser Studenten demonstrieren für Laval

Paris, 18. Februar. Im Laufe des Mittwoch nachmittag kam es auf einem der großen Pariser Boulevards zu einer Massenkundgebung nationalistischer Studenten, die gegen den Sturz des Kabinetts Laval protestierten. Etwa 500 Studenten hatten sich in der Nähe des Senatsgebäudes zusammengerottet und versuchten unter Absingung der Marseillaise vor das Senatsgebäude zu marschieren. Unterwegs stießen sie jedoch auf ein starkes Polizeiaufgebot, das inzwischen herbeigerufen worden war. Es kam zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß, bei dem mehrere Beamte und zahlreiche Studenten verletzt wurden. Die Polizei nahm etwa 25 Verhaftungen vor.

Um das neue Wahlreformgesetz in Frankreich.

Paris, 18. Februar. Die zur Prüfung der von der Kammer angenommenen Wahlreformvorlage gebildete Sonderkommission des Senats hat den ersten Artikel der Vorlage, der die Abschaffung des zweiten Wahlganges vorsieht, abgelehnt. Der zweite Artikel, der das Frauenwahlrecht behandelt, ist von der Vorlage abgetrennt und der im Senat bestehenden Kommission für das Frauenwahlrecht zur Prüfung übergeben worden. Zum Berichterstatter der Vorlage wurde Senator Cheron bestimmt.

Lohnkürzung im französischen Kohlenbergbau.

Paris, 18. Februar. In dem Lohnkonflikt der nordfranzösischen Kohlengruben ist am Mittwoch in Douai eine Einigung zustandegekommen. Die Grubengesellschaften hatten eine Lohnsenkung um 10 v. H. beschlossen, die zur Hälfte bereits seit dem 1. Februar durchgeführt ist. Die zweite Kürzungshälfte sollte am 16. März in Kraft treten. Es ist den Gewerkschaften nun gelungen, eine Verminderung des zweiten Kürzungssatzes um die Hälfte durchzusetzen und die Durchführung der zweiten Kürzung auf den 1. April zu verschieben. Die Gesamtkürzung des Tagelohnes beträgt danach nur 3.15 Franken gegen 4,20 Franken wie die Unternehmer gefordert hatten.

Bisheriges Ergebnis der Wahlen in Irland.

Dublin, 18. Februar. Der Stand der irischen Wahlen am Donnerstag mittag ergibt folgendes Bild: Regierungspartei 12, Sinnfeiner 15, Unabhängige 6 und Arbeiter 1 Mandat.

Japanisch-chinesische Verhandlungen gescheitert.

China lehnt die Forderungen Japans ab. — Die Kämpfe dauern an.

Schanghai, 18. Februar. **Die Verhandlungen der chinesischen und japanischen Militärführer über die Beilegung des Kampfes sind gescheitert. Die Chinesen lehnten die japanischen Forderungen auf Schaffung einer dauernden entmilitarisierten Zone, Zerstörung der Wusung-Forts und Zurückziehung der chinesischen Truppen auf eine Entfernung von 20 Klm. von Schanghai ab.**

Ein neues Ultimatum.

Schanghai, 18. Februar. Der japanische Oberkommandierende bei Schanghai hat den Chinesen ein neues befristetes Ultimatum übersandt, in dem die Zurückziehung der chinesischen Truppen auf 20 Klm. von der Stadt, die dauernde die dauernde Entfestigung der Wusung-Forts und die Räumung der gesamten Frontlinie bis Sonnabend 7 Uhr Ostzeit verlangt wird.

Die Universität von Schanghai in Flammen

Moskau, 18. Februar. Nach einer russischen Meldung aus Schanghai sind japanische Truppen am Mittwoch in das Gebäude der Schanghaier Universität eingedrungen. Die chinesischen Studenten leisteten Widerstand, wobei ein großer Brand im Gebäude entstand, der auch auf die Bibliothek übergriff, die aus 300 000 Bänden besteht. Der Brand konnte bis zum Zeitpunkt der Meldung noch nicht gelöscht werden, weil die Kämpfe in dem Universitätsgebäude noch andauern.

Japaner senden neue Truppen.

Tokio, 18. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, daß im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Lage in Schanghai der japanische Kriegsminister angeordnet hat, daß die 12. japanische Division nach Schanghai abtransportiert wird. Die Frage der Entsendung der 18. Division ist vom japanischen Kaiser noch nicht entschieden worden.

Die Unabhängigkeit der Mandschurei erklärt.

London, 18. Februar. Nach einer Meldung aus Mukden hat ein Ausschuß mandschurischer Generäle am heutigen Donnerstag die Mandschurei zum unabhängigen Staat erklärt.

Washington, 18. Februar. Die maßgebenden Beamten des amerikanischen Staatsdepartements haben angedeutet, daß die amerikanische Regierung die neugebildete unabhängige mandschurische Regierung in keinem Fall anerkennen werde, da sie von den japanischen Militärbehörden gewaltsam eingesetzt sei.

Japan brüskiert den Völkerbund.

Tokio, 18. Februar. In maßgebenden japanischen Kreisen wird erklärt, daß die japanische Antwort auf die Note des Völkerbundes erklären wird, daß Japan keine Verträge verletzt habe und daß die Sitzung des Völkerbundes verschoben werden muß, damit Japan einen besonderen Vertreter hierzu entsenden kann.

Riesenunterschlagungen in Chicago.

Neuyork, 18. Februar. In Chicago wurde nach wochenlangen Untersuchungen gegen 6 Beamte des Bain-Bankenkonzerns Anklage wegen Unterschlagung von insgesamt 15 Millionen Dollar erhoben. Der Konzern umfaßt Weltbanken und hat im Juni die Zahlungen eingestellt. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen haben die Angeklagten Auszahlungen gemacht, die sich zu ihrem Gunsten auswirkten. Ferner haben sie sich an Hypothekenverschiebungen insolvent gewordener Banken beteiligt.

Die Internationale der Kriegsgewinner.

Wir haben Sonnabend die aufsehenerregenden Enthüllungen des französischen Sozialisten Paul Faure über das Kanonenkapital veröffentlicht. Hier eine nützliche Ergänzung:

Vor dem Beginn der Abrüstungskonferenz hielt die Liga für Menschenrechte in Berlin eine große Versammlung ab. Die Hauptrednerin des Abends war eine Frau, eine Französin: Marcelle Capy, die ein tapferes Kriegsbuch gegen den Krieg geschrieben hat. Marcelle Capy sprach über die Internationale der Rüstungsindustrie; eine Berliner Wochenschrift veröffentlicht jetzt einen Auszug aus dieser Rede. „Geld kennt kein Vaterland", sagte Frau Capy:

Während des Krieges sah das so aus: der deutsche Kanonenlieferant Krupp brauchte für die schweren Artilleriegeschosse Nickel, das ihm das französische Nickelsyndikat verkaufte; das Nickel wanderte aus Neu-Kaledonien nach Norwegen und von dort nach Deutschland. Aehnlichen Werdegang erlebte das Kupfer, bei dem sich noch die englische Firma Vickers eingeschaltet hatte; dafür hatte Krupp an Vickers ein deutsches Patent abgetreten, nach dem die Engländer die Zünder ihrer Granaten herstellten, und die englische Flotte, die am Skagerrak kämpfte, war mit optischen Instrumenten ausgestattet, die eine deutsche Firma während des Krieges geliefert hatte. Am eifrigsten war die österreichische Munitionsfirma Skoda am Werke, die in Newskiwerken Kanonen für Rußland herstellte. In den Dardarellen wieder konnten die französischen und die englischen Soldaten mit dem tröstlichen Bewußtsein den Heldentod sterben, daß dieser durch vaterländische Erzeugnisse vermittelt wurde — Vickers hatten die Türkei ausreichend mit Minen und Kanonen beliefert.

Während des Krieges, so berichtete der französische Abgeordnete Chouffet im französischen Parlament, arbeitete in der Schweiz einträchtig das Sprengstoffkartell sämtlicher feindlicher Länder. Monatelang gingen aus Südfrankreich ganze Züge mit der harmlosen Zielbezeichnung „Schweiz" ab, die in Wirklichkeit nach Deutschland weitergeleitet wurden, und nach beendigte Oxidation als Phosgen zu den französischen Truppen heimkehrten . . Allein im Januar 1915 wanderten 200 000 Kilogramm Zyanit von Frankreich nach Deutschland zur Geschoßfabrikation, und der Stacheldraht von Fort Donaumont, in dem tausende Deutsche verbluteten, ist Frankreich einen Monat zuvor von einem deutschen Haus geliefert worden.

Den Kommentar zu diesem Tatsachenbericht gab Frau Capy selber:

1914 gab es auf der Erde zwanzig Familien mit mehr als fünfhundert Millionen Goldfranken Vermögen; heute gibt es zehnmal so viele, und die Zahl derer, die mehr als fünfzig Millionen Goldfranken besitzen, hat sich verdreifacht. In USA. haben 86 Familien mehr als vier Millionen Dollar Jahreseinkommen und 260 mehr als zwei Millionen. Die Kriegsmilliarden haben dazu gedient, einen parasitären Ueberkapitalismus zu schaffen, der die Völker beherrscht — und hinter den Regierungen regiert.

Zehn Millionen Menschen starben in gräßlichen Qualen, aber ein paar hundert Menschen diente Not und Tod und Qual dazu, ihr Vermögen um Milliarden und Milliarden zu vergrößern: Das ist der Krieg!

Estlands neue Regierung.

Reval, 18. Februar. Der Führer der Agrarpartei, Teemant, bildete heute aus Vertretern der Agrarpartei und der nationalen Mittelpartei die neue Regierung, die sich morgen dem Parlament vorstellen wird.

Die neue estländische Regierung der bürgerlichen Koalition verfügt über eine starke Mehrheit im Parlament.

Der Aufstand in Costarica.

Neuyork, 18. Februar. Nach einer Meldung aus San Jose finden zur Zeit in Costarica schwere Kämpfe mit den Aufständischen statt, bei denen in der Stadt selbst 10 Personen getötet wurden. Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten wurde geschlossen, um politische Verwicklungen zu vermeiden. Die Beschießung der Bellavista-Baracken durch regierungstreue Truppen wird stündlich erwartet.

Neuyork, 18. Februar. Die blutigen Kämpfe in Costarica wurden am Donnerstag mit großer Erbitterung von beiden Seiten fortgeführt. Die Regierung verfügte die Räumung der Hauptstadt San José durch die Zivilbevölkerung. Im ganzen Lande sollen bereits mehrere hundert Personen getötet worden sein.

Dem Führer der Aufständischen Quesada ist es gelungen, das Fort Bellavista in San José gegen die zahlreichen Angriffe der Regierungstruppen zu halten. Das amerikanische Konsulat, das gerade dem Fort gegenüberliegt, ist gleichfalls beschossen worden.

Tagesneuigkeiten.

Um Verlängerung des Unterstützungszeitraums auf 17 Wochen.

Vertreter der Arbeiterverbände im Wojewodschaftsamt.

Im Wojewodschaftsamt sprach gestern eine Abordnung des Klassenverbandes, des „Praca“-Verbandes und des christlichen Verbandes vor, die vom Leiter der Abteilung für öffentliche Fürsorge Krzyzanowski empfangen wurde. Die Verbandsvertreter verhandelten vor allem über die Verlängerung des Unterstützungszeitraumes von 13 auf 17 Wochen. Dann wurde ein Protest gegen das Projekt der Novellisierung des Gesetzes vom 18. Juli 1924 über die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit eingereicht. Schließlich wurde auch die Frage eines früheren Beginns der Saisonarbeiten durch den Magistrat berührt. Herr Krzyzanowski versprach, sich wegen dieser Forderungen mit dem Wojewoden Jaszczolt in Verbindung zu setzen und sie zu unterstützen. Die Frage eines früheren Beginns der Saisonarbeiten hänge davon ab, wann die notwendigen Kredite einlaufen werden.

Die Abordnung begab sich sodann nach dem Magistrat, wo sie in Abwesenheit des Stadtpräsidenten von dessen Sekretär Ajnenkel empfangen wurde. Sie bat um Einberufung einer Konferenz, in der die Frage des Beginns der Saisonarbeiten besprochen werden könnte. Ihr wurde der Bescheid, daß eine solche Konferenz bereits in der nächsten Zeit einberufen werden würde und daß die Verbände zur rechten Zeit Mitteilung erhalten werden. (p)

Uebernahme des freigewordenen Geländes am Fabrikbahnhof durch die Stadt.

Gestern traf in unserer Stadt eine Sonderkommission des Verkehrsministeriums und der Warschauer Eisenbahndirektion ein, um das bisher im Besitz der Eisenbahnbehörden gewesene Gelände am Fabrikbahnhof, das von den Straßen Kilinskiego, Sienkiewicza und Kolejna eingerahmt wird, an die Stadtverwaltung abzugeben. Die Kommission hatte eine längere Aussprache mit den Vertretern des Magistrats, der auch ein Vertreter der örtlichen Eisenbahnbehörde beiwohnte. Seitens des Magistrats nahmen an der Konfernz teil: die Schöffen Adamski und Harasz, Abteilungsleiter Rybolowicz, die Ingenieure Jost und Bobrowski sowie der Rechtsberater Rechtsanwalt Sztromajer. Nach Besprechung der in Frage kommenden Bedingungen erfolgte die Uebergabe des Geländes an die Stadt, worüber ein Protokoll angefertigt wurde. In den Nachmittagsstunden verließ die Kommission wieder unsere Stadt. Bekanntlich beabsichtigt der Magistrat, auf dem freigewordenen Gelände vorläufig eine schmucke Grünanlage zu schaffen. (ag)

Um einen Anteil des Handwerks an den Einfuhrkontingenten.

Wie wir von der Handwerkerkammer erfahren, hat der Verband der Handwerkerkammern in Warschau Bemühungen unternommen, um den Handwerkern einen Anteil an den Einfuhrkontingenten für Leder zu verschaffen. Hierdurch wollen die Handwerkerkammern die kostspielige Vermittelung der Importeure ausschalten, um den interessierten Handwerkern der Lederbranche die Möglichkeit zum Bezuge billigen Leders aus dem Auslande zu ermöglichen und hierdurch ihre Konkurrenzfähigkeit zu heben. (a)

Der Beschäftigungsgrad in den Färbereien und Appreturen.

Der Beschäftigungsgrad in den dem Verband der Färbereien und Appreturen angeschlossenen Unternehmen ist im allgemeinen ziemlich gut. In der Zeit vom 25. Januar bis 31. Januar waren in 15 Firmen 3212 Arbeiter beschäftigt. In 9 Firmen haben 2768 Arbeiter 6 Tage in der Woche gearbeitet, in 3 Firmen 284 Arbeiter 5 Tage, in 2 Firmen 115 Arbeiter 4 Tage und in einer Firma 45 Arbeiter 3 Tage. (p)

Sowjetrussische Rasierklingen auf dem polnischen Markt.

Die Warschauer sowjetrussische Handelsmission hat sich mit einer Offerte an eine Reihe von Handelsunternehmen in Warschau gewandt über Abnahme größerer Mengen von Rasierklingen sowjetrussischer Herkunft. Auf der Verpackung wie auf den Klingen selbst befindet sich die sowjetrussische Bezeichnung „SSSR“. Die Handelsmission hat den Verkaufspreis für diese Klingen auf 10 Groschen das Stück festgesetzt, wodurch die ausländischen Klingen um mehr als das fünffache unterboten werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob es zum Abschluß eines Geschäfts auf dieser Grundlage kommt, da die Sowjetrussen den Kauf von 10 Millionen Klingen fordern.

Einschränkung der Annahme von Lehrlingen im Schuhmachergewerbe.

Angesichts der schweren Lage im Schuhmachergewerbe und der fortschreitenden Wirtschaftskrisis will der Verband der Handwerkerkammern zur Sicherung des Existenzminimums der Arbeiter im Schuhmachergewerbe eine Beschränkung der Annahme von Lehrlingen in den Schuhmacherwerkstätten anregen und hat in dieser Angelegenheit an alle Handwerkerkammern ein Rundschreiben gerichtet, in dem diese Maßnahme zur Durchführung empfohlen wird. Die Handwerkerkammer wird über diese Anregung beraten. (a)

500 Zloty Belohnung.

Die Untersuchungspolizei in Lodz hat für die Nachweisung der Täter des bewaffneten Ueberfalls auf den Polizisten Luczynski in Kalisch, der bekanntlich von zwei Banditen durch Revolverschüsse schwer verwundet wurde, eine Belohnung in Höhe von 500 Zloty ausgesetzt. Die Belohnung wird demjenigen ausgezahlt, der durch seine Angaben zur Ermittelung und Festnahme der Banditen beiträgt. Wie wir ferner erfahren, wird die Verfolgung der Banditen unter Leitung eines speziell hierzu nach Kalisch abkommandierten Offiziers der Lodzer Untersuchungspolizei eifrig fortgeführt. Bisher fehlt jedoch von den Banditen noch jede Spur. (a)

Direkte Fernsprechverbindung Lodz—Bielitz.

Wie das hiesige Fernsprechamt mitteilt, ist seit gestern eine direkte Telephonverbindung zwischen Lodz und Bielitz der öffentlichen Benutzung übergeben worden. Bisher mußten die Gespräche mit Bielitz über Warschau geleitet werden. (ag)

Der Frost hält an.

Am kältesten war es gestern in Lida, minus 20 Grad, in Wilno minus 10 Grad, Krakau und Lemberg minus 8 Grad, in Warschau und Pinsk minus 7 Grad. Das Wetter für heute soll keiner Veränderung unterliegen.

Ehem. Minister unter Polizeiaufsicht.

Falliterklärung des Besitzers des Hotels „Savoy“.

Seinerzeit verhandelte das Lodzer Handelsgericht eine Eingabe der Warschauer Firma Krzeczkowski um die Falliterklärung des Hotels „Savoy“ und dessen Eigentümers Karol Niezabytowski, der bekanntlich seinerzeit Landwirtschaftsminister war. Das Handelsgericht lehnte den Antrag der Firma Krzeczkowski aus dem Grunde ab, weil Niezabytowski inzwischen das Hotel „Savoy“ verkauft hatte. Gegen dieses Urteil legte der Bevollmächtigte der Firma Krzeczkowski beim Warschauer Appellationsgericht Berufung ein. Gestern gelangte die Appellationsklage vor der Handelsabteilung des Warschauer Appellationsgerichts zur Verhandlung, wobei das Urteil des Lodzer Handelsgerichts aufgehoben und der frühere Minister Karl Niezabytowski für fallit erklärt wurde, wobei das Appellationsgericht feststellte, daß die Nichtbezahlung der Forderung der Firma Krczekowski im Betrage von 500 000 Zloty böswillig erfolgt ist. Das Appellationsgericht beschloß gleichzeitig, den Falliten unter Polizeiaufsicht zu stellen. (a)

Wechselformulare werden teurer.

In Warschauer Kaufmannskreisen hält sich das Gerücht fest, daß in Kürze die Wechselsteuer erhöht werden soll. Das Finanzministerium, das zurzeit eine Novelle zum Stempelsteuergesetz vorbereitet, soll die Erhöhung der Stempelsteuer für Wechselformulare bereits in Betracht gezogen haben.

Vom Lodzer Tierschutzverein.

Der Lodzer Tierschutzverein teilt mit, daß am Sonntag, den 21. Februar, um 11 Uhr vormittags im eigenen Lokale, Andrzejastraße 6, Front, 2. Stock, eine Informationsversammlung sowohl für Mitglieder wie auch für Sympathiker stattfindet.

10 geheime Brennereien aufgedeckt.

Im vergangenen Jahr ist es den Akzisebehörden gelungen, nicht weniger als 10 geheime Schnapsbrennereien aufzudecken. Die Besitzer dieser Brennereien sind zu Geldstrafen von 1000 bis 10 000 Zloty verurteilt worden. Personen, die zur Aufdeckung der Brennereien beigetragen haben, erhielten Belohnungen. Diese betragen in jedem Falle 75 Prozent, außerdem werden entsprechend dem dem Staate zugefügten Schaden bis zu 5000 Zloty ausgezahlt. (p)

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

[35

Er schalt sich, dem reizenden Kinde unrecht getan zu haben.

„Geh nun, Liebes, ich möchte allein sein!“

Sie nahm seine Hand und küßte sie zärtlich.

Dann huschte sie davon.

Und er, sie schon vergessend, ehe noch ihr kindlicher Schritt ganz verklungen war, suchte mit seiner Sehnsucht eine andere — und die Gedanken an sie legten sich wie ein Strahl wärmenden Lichts um sein Gemüt.

Träumen, von ihr träumen, das darf ich. Sie ahnt es nicht, und mich macht es reich und froh.

Als ob nicht auch Gedanken Mächte und Kräfte wären, die aufbauen und zerstören! Ach — und vielleicht die wirkungsvollsten von allen.

* * *

Elisabeth hatte an dem Kinderfest nicht teilnehmen können.

Ihr Gatte war gerade an dem Nachmittage von seiner Reise zurückgekehrt, und er und Elisabeth hatten lange beisammen gesessen.

„Würde es dir unangenehm sein, wenn ich noch einmal in das öffentliche Leben zurückginge?“

„Müßte ich meinen Wirkungskreis hier aufgeben?“

„Elisabeth — die Frau eines Ministers muß repräsentieren!“

„Ach — und wozu eigne ich mich schlechter?“

„Du irrst dich, Liebste — du verstehst es von Grund auf! Im übrigen aber weißt du: du bist frei, ganz und uneingeschränkt frei. Wenn du hierbleiben willst? Wer weiß auch? Schließlich kehre ich schneller zurück, als wir beide ahnen!“

„Warum dann erst anfangen?“

„Die Blumenzucht ist kein ganz ausreichendes Betätigungsfeld für einen Menschen mit Ideen und einem gewissen Maß von Tatkraft. Auch bin ich — selbst ich, Elisabeth — noch zu jung, um ohne Wunsch zu sein!“

„Zur Politik gehört eigentlich doch nur Ehrgeiz!“

„Sag' lieber: bei uns zu Hause machen die Ehrgeizigen Politik, das ist richtiger. Sie ist aber auch danach!“

„Und wer, meinst du, soll Politiker sein?“

„Wer sein Volk mehr liebt als die eigene Ehre, oder gar den eigenen Vorteil, der allein hat ein Recht, die öffentlichen Angelegenheiten zu verwalten.“

„Der aber wird scheitern!“

„Gefahr schreckt den Verantwortungsbewußten nicht ab, sie zieht ihn eher an.“

„So — bist du schon entschlossen?“

„Wenn der Ruf an mich ergeht — ja!“

„Und er wird an dich ergehen?“

„Möglicherweise!“

„Bald?“

„Bald!“

Elisabeth schwieg.

„Ich bin mit Leib und Seele Arzt!“ sagte sie nach einer Weile nachdenklich.

„Folge deiner tiefsten Ueberzeugung! Du weißt, was ich dir versprochen habe — damals!“

„Ja, du bist gut“, sagte sie ein bißchen verträumt. „Ich werde ja noch Zeit haben, zu überlegen, werde vielleicht auch erst später nachzukommen brauchen. Vielleicht. Ich könnte ja auch dort praktizieren. Eine Art Anstalt, wie die hiesige, ins Leben rufen. Es liegt mir ja an Genf, selbst am Sanatorium, nicht so viel — Delden würde es auch nur begrüßen, wenn ich für seine Idee anderwärts werben würde. Mir liegt nur an der Tätigkeit überhaupt etwas.“

Während dieses ganzen Gesprächs, das sie im Arbeitsraum des früheren Ministers führten, dachte Elisabeth nicht ein einziges Mal an die heischenden, dunklen Augen, deren Blicke sie verfolgten bis tief in den Traum der Nächte hinein.

Erst als sie in ihrem kleinen Wagen saß und zum Sanatorium fuhr — Exzellenz Degeener hatte eine wichtige Konferenz mit dem Gesandten eines ausschlaggebenden Staates, zwischen dem und seinem Lande er der geheime, inoffizielle Mittler war —, flammte sie wieder auf, die törichte Sehnsucht, das herzbeklemmende Verlangen.

Sie kam gerade noch rechtzeitig zur Abendvisite bei den Kindern.

Die lagen — erregt von dem festlichen Treiben des Nachmittags — in ihren Bettchen.

Van Delden hatte den guten Onkel gespielt, kleine Gaben verteilt. Die elendesten, unleidlichsten und kränksten Kinder hatten das Beste und Schönste erhalten. Auch sie sollten einmal das Glück empfinden, bevorzugt zu werden.

„Nichts“, pflegte van Delden zu sagen, „hebt so die Lebenskraft und den Willen zum Guten.“

Elisabeth — die geliebte Mama Elisabeth — mußte bewundern, zuhören, sich entschuldigen, weshalb sie nicht hatte anwesend sein können.

Sie ging dann dem großen Rasenplatz zu, auf dem, unter Lampions und bunten Fähnchen, die Tische für die Erwachsenen gedeckt standen. Die Gesellschaft war bereits in vollem Gange. Das Plaudern tönte von weitem herüber.

Doktor Alander und seine Braut hatten an einem von Frau Lasar vorher belegten Tische Platz genommen — und Frau Antony hatte auch Ley zu ihnen herüberbefohlen.

Doktor Degeener machte die Runde, von Tisch zu Tisch.

Ueberall begrüßte man sie mit viel Achtung und Ehrerbietung — hier und da mit ausgesprochener Herzlichkeit. Besonders die weiblichen Patienten belegten sie mit Beschlag, überschütteten sie mit ihren Interessen und Angelegenheiten, wollten sie nicht loslassen.

Lange Zeit stand sie, ein wenig abseits, mit Delden zusammen.

Frau Lasar stieß Alander mit der Spitze ihres zierlichen Stiefels geheimnisvoll unterm Tisch an seine umfangreichen Schuhe und zwinkerte mit den Augen.

Sehen Sie wohl die beiden?, sollte es heißen.

(Fortsetzung folgt)

Eine Laternensäule umgerissen.

Der 11. Listopadastraße 168 wohnhafte Fuhrmann Andrzej Marciniak fuhr gestern in angeheitertem Zustande durch die Rokicinskastraße und riß hierbei eine Laternensäule der Straßenbeleuchtung um. Die von dem Vorfall benachrichtigte Polizei hat gegen Marciniak ein Protokoll aufgenommen und wird ihn zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen. (a)

Mit der Droschke und dem Pferde durchgegangen.

Die an der 11. Listopadastraße 52 wohnhafte Pola Menson meldete der Polizei, daß ihr Kutscher mit der Droschke und dem Pferde im Gesamtwerte von 1200 Zloty durchgegangen ist. Nach dem flüchtigen Droschkenkutscher fahndet die Polizei. (a)

Wohnungsbrand.

In der Wohnung des Moszek Joskowicz in der Rokicinskastraße 24 geriet gestern eine Holzwand infolge eines überheizten Ofens in Brand, der sich auf die Wohnungseinrichtung auszubreiten drohte. Dem herbeigerufenen 3. Löschzug der Feuerwehr gelang es, den Brand nach kurzer Löschaktion abzulöschen. Der entstandene Schaden wird auf 1800 Zloty geschätzt. (a)

Brand in einer Reißerei.

In der Reißerei der Brüder Seibert in der Suwalskastraße 6 entstand während der Arbeitszeit durch Heißlaufen des Reißwolfs ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete, da er in den angehäuften losen Baumwollabfällen reichlich Nahrung fand. Der alarmierte 4. Löschzug konnte den Brand nach kurzer Löschaktionen ablöschen. Der entstandene Brandschaden ist nicht bedeutend. (a)

Unfall infolge der Glätte.

Der bei seinen Eltern in der Sosnowastraße 11 wohnhafte 11jährige Volksschüler Stanislaw Wieszczak stürzte gestern in der Nowo-Zarzewskastraße infolge der Glätte auf dem Bürgersteig so unglücklich zu Boden, daß er hierbei das rechte Bein brach und Verletzungen am Kopfe davontrug. Dem verunglückten Knaben erteilte ein Arzt der Rettungsbereitschaft die erste Hilfe und ließ ihn mit dem Rettungswagen nach dem Anne-Marien-Krankenhause überführen. (a)

Ausgesetzte Kinder.

In der Abteilung für öffentliche Fürsorge des Magistrats in der Zawadzkastraße 11 wurden gestern von Müttern, die sich um eine Unterstützung bemühten, zwei Mädchen im Alter von 1 und 3 Jahren zurügelassen. Die ausgesetzten Kinder wurden einem städtischen Kinderheim zugeführt. Nach den Müttern fahndet die Polizei. (a)

Selbstmordversuch.

Im Torweg des Hauses Kilinskistraße 35 nahm gestern der Sosnowastraße 6 wohnhafte erwerbslose Jan Konieczny in selbstmörderischer Absicht Salzsäure zu sich und zog sich eine heftige Vergiftung zu. Ein Arzt der Rettungsbereitschaft nahm bei dem Lebensmüden eine Magenspülung vor und ließ ihn nach dem Radogoszczer Krankenhause überführen. (a)

Die große Not.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden drei Fälle von Erkrankungen infolge Hungers und Entbehrungen auf der Straße festgestellt. In der Moniuszkistraße erlitt der obdach- und beschäftigungslose 55jährige Wiktor Kwiatkowski infolge Entkräftung einen Schwächeanfall. In der Sienkiewiczstraße 40 sank die Nowastraße 7 wohnhafte 62jährige Janina Cieplucha bewußtlos zu Boden. — Auf dem Reymontplatz erlitt die obdach- und beschäftigungslose 62jährige Marie Jezierska einen Schwächeanfall. In allen Fällen erteilte ein Arzt der Rettungsbereitschaft den Erkrankten Hilfe und ließ sie mit dem Rettungswagen nach der städtischen Krankensammelstelle bringen. (a)

Die Produktion und der Verbrauch von Leuchtgas.

Im privaten Gebrauch wird das Leuchtgas immer mehr durch die Elektrizität verdrängt. Wie aus einer von der städtischen Gasanstalt zusammengestellten Statistik hervorgeht, ist zwar die Gas-Produktion im vergangenen Jahre im Verhältnis zum Vorjahr etwas gestiegen, doch ist dies nur auf die weitere Benützung des Gases zur Beleuchtung der Straßen zurückzuführen. In den privaten Haushalten ist der Gasverbrauch dagegen zurückgegangen. Insgesamt stellte die städtische Gasanstalt im vergangenen Jahre 9 259 100 Kubikmeter Leuchtgas her. Davon wurden von der Gasanstalt selbst für eigene Zwecke 323 124 Kubikmeter verbraucht und 8 941 576 Kubikmeter in die Rohrleitungen nach der Stadt geleitet. Durch Entweichung hatte die Gasanstalt einen Verlust von 943 683 Kubikmeter zu verzeichnen.

Zur Beleuchtung der Straßen wurden im vergangenen Jahre insgesamt 1 813 595 Kubikmeter Gas verbraucht. Das Dauerfeuer an der Platte des Unbekannten Soldaten verbrauchte im Laufe des Jahres 3770 Kubikmeter Gas. Ferner ist der Gasverbrauch in den städtischen Aemtern und Anlagen gestiegen und betrug 149 495 Kubikmeter. Der private Gasverbrauch ist dagegen im vergangenen Jahre nicht unwesentlich zurückgegangen und betrug 3739355 Kubikmeter. Ferner wurden von Gasmotoren 73 891 Kubikmeter Gas verbraucht. An sogenanntem Industriegas wurden insgesamt 2 217 887 Kubikmeter verbraucht.

Zur Werbung von neuen Gasabnehmern hat die städtische Gasanstalt im vergangenen Jahre die Rohrleitungen bis auf insgesamt 139 Kilometer erweitert. Die Zahl der Gasuhren ist im vergangenen Jahre um 10 Prozent auf insgesamt 14 814 Gasuhren gestiegen. Tätige Gasmotoren waren nur 38. Außer dem Gas stellte die Gasanstalt als Nebenprodukt im vergangenen Jahre 12 204 Tonnen Koks und 1310,5 T. Teer her. Im laufenden Jahre sollen einige noch nicht beleuchtete Straßen der Stadt Gasbeleuchtung erfahren. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

A. Potasz, Plac Koscielny 10; A. Charemza, Pomorska 10; E. Müller, Piotrkowska 46; M. Epstein, Piotrkowska, 225; Z. Gorczynski, Przejazd 59; G. Antoniewicz, Pabianicka 50.

Aus dem Reiche.

Auch die Kalischer Einwohner wollen das Elektrizitätswerk boykottieren.

Wie bereits gemeldet, haben die Bewohner von Petrikau und Radomsk die Abnahme von elektrischem Strom infolge der hohen Tarife der Elektrizitätswerke zeitweise eingestellt, um hierdurch die Elektrizitätswerke dieser Städte zur Verbilligung des elektrischen Stromes zu zwingen. Gegenwärtig erfahren wir, daß auch die Bewohner von Kalisch gegen die hohen Strompreise beim Elektrizitätswerk Protest erhoben und in einem Schreiben die Einstellung der Stromentnahme angedroht haben, falls die hohen Tarife für Strom nicht herabgesetzt werden sollten. (a)

Nach dreimonatiger Ehe die Gattin ermordet.

Der Ehemann schlug sie aus Eifersucht nieder und schaffte die Leiche auf die Landstraße.

Auf der Landstraße in der Nähe von Saybusch wurde am Mittwoch der vergangenen Woche die Leiche einer jungen Frau gefunden, die durch mehrere Hiebe auf den Kopf getötet worden war. Man nahm an, daß es sich um einen Raubüberfall handelt und führte in dieser Richtung die Untersuchung. Inzwischen wurde die Tote als die 22jährige Ehefrau Meres aus Brzeznica bei Wadowitz identifiziert. Die Nachforschungen hatten ein überraschendes Ergebnis. Es wurde festgestellt, daß der eigene Mann der Toten diese umgebracht hatte. Bei seiner Einvernahme durch die Polizei legte er ein volles Geständnis ab. Aus Eifersucht hatte er seine frau, mit der er drei Monate lang verheiratet war, an dem betreffenden Abend in seiner Wohnung ermordet, indem er ihr mit mehreren Hieben mit einer Axt den Kopf zertrümmerte. Dann hatte er die Leiche auf die Landstraße geschafft, um einen Ueberfall vorzutäuschen.

Meres wurde in das Wadowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert und sieht seiner Aburteilung durch das Standgericht entgegen.

Frauenleiche mehrere Monate im Brunnen gelegen.

Eine junge Lodzerin wegen Familienzwistigkeiten in den Brunnen gesprungen und ertrunken.

Im vergangenen Sommer war bei der Familie Bertschinger im Dorfe Adamow, Gem. Biala, Kreis Wielun, die 21jährige Nichte des Landwirts, Frieda Behring aus Lodz, in der Napiorkowskiego 131 wohnhaft, zu Besuch. Das Mädchen erklärte, daß es sich mit den Eltern verzankt habe und einige Zeit bei der Tante bleiben wolle. Nach einem Aufenthalt von einigen Tagen erklärte sie, wieder zu den Eltern zurückkehren zu wollen. Sie packte ihre Sachen und entfernte sich.

Da sie aber zu Hause nicht eintraf, wurde die Polizei verständigt, die sofort Ermittlungen anstellte, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Gestern erst wurde das hiesige Untersuchungsamt von einer grauenhaften Entdeckung in Kenntnis gesetzt, die in dem Dorf Adamow gemacht worden war. Die Familie Bartschinger hatte schon seit längerer Zeit festgestellt, daß das Wasser ihres Brunnens einen eigenartigen Geschmack habe. Es verschlechterte sich immer mehr und begann in der letzten Zeit stark übel zu riechen. Schließlich begann man mit langen Holzhaken in dem Brunnen zu suchen. Dabei zog man die bereits völlig in Verwesung übergegangene Leiche einer Frau heraus. An der Kleidung und einem Fingerring wurde die Tote als die vermißte Frieda Behring erkannt. Das Rätsel des Verschwindens ist somit geklärt worden. Das Mädchen hatte sich nicht aus dem Dorfe entfernt, sondern war in den Brunnen gesprungen.

Die ganze Familie Bertschinger ist nachträglich wegen des Genusses des verdorbenen Wassers erkrankt. (p)

Pabianice. Eine lebende Fackel. Die in der Rzgowskastraße wohnhafte 24jährige Arbeiterin Marjanna Jozwiak reinigte gestern den Pelzkragen ihres Mantels mit Benzin. Den noch mit Benzin durchtränkten Mantel hängte sie an einen Ofen, damit er schneller trocknen sollte. Die durch die Wärme entstandenen Benzingase entzündeten sich im Nu an dem Feuer des Ofens und in einem Augenblick stand der ganze Mantel in Flammen. Die Jozwiak wollte nun ihren Mantel vor dem Verbrennen retten, warf hierbei jedoch die Benzinflasche um, so daß das Benzin ausgoß und ebenfalls Feuer fing. In wenigen Augenblicken war die Jozwiak in ein Flammenmeer gehüllt, wobei ihre Kleidung ebenfalls Feuer fing. Auf die Hilferufe der Verunglückten eilten Nachbarn herbei, die den Brand ablöschten. Die Jozwiak hat hierbei sehr schwere Brandwunden davongetragen und mußte in bedenklichem Zustande nach einem Krankenhause überführt werden. (a)

Nowosolna. Feuer. Im Dorfe Wionczyn Gorny, Gemeinde Nowosolna, bei Lodz brach in der Scheune des Landwirts Gustav Zimmermann ein Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit auf das Wohnhaus und die übrigen Wirtschaftsgebäude ausdehnte. Die Dorffeuerwehr aus Nowosolna und Wionczyn konnten nach mehrstündiger Löschaktion den Brand auf seinen Entstehungsherd beschränken. Die Scheune und der Viehstall des Zimmermannschen Anwesens sowie teilweise auch das Wohnhaus wurden durch den Brand vernichtet. Der entstandene Brandschaden beläuft sich auf 15 000 Zloty. Die Entstehungsursache des Brandes konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Zu deren Ermittelung hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet. (a)

Tomaschow. In der Stadtverordnetensitzung am 11. d. Mts. sollten die Wahlen in den Kommunalkassenrat durchgeführt werden. Auf Antrag der jüdischen Stadtratsfraktion (Sanacja) wurden die Wahlen vertagt. Da in Tomaschow in der Kommunalkasse seit dem 17. November v. Js. ein Kommissar amtiert, hat die DSAP., PPS. und der „Bund“ beschlossen, diese Wahlen noch vor dem 17. d. Mts. durchzuführen, d. h. noch vor Ablauf von 3 Monaten, da laut § 58 des Statuts für die Kommunalkassen nach diesem Termin die Aufsichtsbehörde selbst die Wahl des Kommunalkassenvorstandes durchführen kann und selbstverständlich sich ihre Sanacjaleute wählen wird. Zur Stadtratsitzung am 16. d. Mts. erschienen die sozialistischen Parteien in corpore. Die Stadtverordneten der NPR-Lewica und sämtliche jüdischen Sanacja-Stadtverordneten mit dem Magistratsschöffen Rosenberg sind nicht erschienen, weshalb die Sitzung nicht zustande kam. Die DSAP, PPS und der „Bund“ haben deshalb ihrerseits eine Deklaration vorbereitet, daß die Sanacja-Stadtverordneten durch ihr Nichterscheinen die volle Verantwortung für den weiteren Verlauf der Kommunalkassenwirtschaft übernehmen. — Zu bemerken wäre, daß der Direktor und der Kommissar der Kommunalkasse ein Gehalt von über 1000 Zloty monatlich beziehen, was bei der heutigen schwierigen Finanzlage der Kasse sehr viel bedeutet. Aus der Bilanz der Kommunalkasse geht hervor, daß die Kasse einen Schaden durch verschiedene Pleiten von ca. 100 000 Zloty erlitten hat. Die dafür verantwortlichen Personen wurden zur Verantwortung gezogen. Der frühere Vorstand bekam für die Jahre 1929 und 1930 falsche Bilanzen von der Buchhaltung vorgelegt, wofür auch diese Angestellten sich in Kürze vor einem Disziplinargericht verantworten werden. g.

Kattowitz. Mädchenhändler verhaftet. Vor einigen Tagen verhaftete die Polizei den 25jährigen Herman Haftel, der aus Bolechow stammt und zuletzt in Kattowitz, ul. Lubeckego 2, wohnhaft war. Bei einer Haussuchung, die im Hause des Verhafteten durchgeführt wurde, stellte es sich heraus, daß man es mit einem Mädchenhändler zu tun hatte, der mit einer organisierten Bande in Verbindung steht. Die Polizei hat nun energische Untersuchungen zum Zwecke der Aushebung des Konsortiums eingeleitet. Das Arbeitsfeld der Bande war Schlesien und Kleinpolen.

Aus der Philharmonie.

Lodzer Philharmonisches Orchester. Das nächste Nachmittagskonzert des Lodzer Philharmonischen Orchesters, das am Sonntag um 3.30 Uhr nachmittags stattfinden wird, verspricht sehr interessant zu werden. Es wird nämlich die beliebte 5. Sinfonie von Tschajkowskij, ferner „Zigeunerweisen“ von Sarasate und von Grainger „Irländisches Lied“ sowie „Bauerntanz“, und endlich Cellokonzert von Saint-Saens gespielt werden, das der Solist des Tages, Boleslaw Ginzburg, bestreitet. Am Dirigentenpulte — Ignacy Neumark.

Dela Lipinskaja, die berühmte Vortrags- und Ausdruckskünstlerin, wird am Dienstag, den 23. Februar, in der Philharmonie auftreten.

Das Stadtbudget vor der Annahme.

Die gestrigen Budgetberatungen in der Lodzer Stadtverordnetenversammlung.

Eingangs der gestrigen Stadtratsitzung beantragte der Stadtverordnete und Sanacjaabgeordnete der orthodoxen Juden, Minzberg, im Rahmen der Debatte über das Budget der städtischen Abteilung für soziale Fürsorge den jüdischen Insassen der Greisenheime und den jüdischen Zöglingen der Erziehungsheime koscheres Essen zu verabfolgen. Ferner beklagte sich Herr Minzberg darüber, daß der Magistrat den jüdischen Armen und Hilfsbedürftigen zu wenig zu Hilfe komme und daß die jüdische Gemeinde in solchen Fällen einspringen müsse.

Der Schöffe der Fürsorgeabteilung, Purtal, erklärte, daß der Magistrat vor allem die Bedürftigkeit der um Unterstützung nachsuchenden Stadtbewohner in Betracht ziehe, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer Nationalität oder Konfession.

Schöffe Purtal besprach dann noch ausführlich die Taktik des Magistrats bei der Erziehung der Fürsorgezöglinge. Die Fürsorgeabteilung des Lodzer Magistrats stehe auf dem Standpunkt, daß mit der Methode der Kindererziehung in Kinder- oder Erziehungsheimen gebrochen werden müsse, um den Fürsorgezögling nicht ganz den Einflüssen der Familie und des Familienlebens zu entziehen. Die Kasernierung der Fürsorgezöglinge entwöhne sie dem Leben und seinen Ansprüchen. Deshalb mache es sich die städtische Fürsorgeabteilung zum Grundsatz, immer mehr Fürsorgezöglinge an Familien in Fürsorge zu geben, wo diese ärmsten Kinder im Kreise der Familie und zusammen mit den anderen Kindern aufwachsen und das Fehlen der eigenen Eltern und des eigenen Familienlebens nicht so empfinden wie in der Erziehungsanstalt. Gegenwärtig habe der Magistrat insgesamt schon 1600 Kinder an Privatfamilien in Pflege gegeben, für die er 50 Zloty monatlich an die Pflegeeltern zahle.

Es wird dann zur weiteren Abstimmung über die einzelnen Positionen des Budgets geschritten. Hierbei gab der Stv. Popielawski (Wirtschaftsgruppe) die Erklärung ab, daß er bei der Abstimmung über alle Punkte des Budgets, die die städtische Bauabteilung betreffen, sich der Stimme enthalten werde, da die Vorfälle, die in letzter Zeit in dieser Abteilung zu verzeichnen waren, von der Stadtbevölkerung mit Beunruhigung aufgenommen wurden.

Stv. Wojewodzki stellte den Antrag, der Magistrat solle an einigen Positionen sparen und einen Unterstützungsfonds für die Arbeitslosen bereitstellen. Stadtpräsident Ziemiencki erwiderte hierauf, daß der Magistrat der Regierung und den Hilfskomitees in der Arbeitslosenunterstützung nicht vorgreifen wolle und deshalb sämtliche möglichen Ersparnisse für die Investitionen bereitstelle, um auf diese Weise wie am meisten Arbeitslose zu beschäftigen, was für diese eine unzweifelhaft bessere Art der Hilfe darstelle. Weiter gefiel es dem Stv. Wojewodzki nicht, daß die übrigen städtischen Parks am Abend beleuchtet werden sollen, denn dann, sagte Stv. Wojewodzki, würden „haarsträubende Sachen" in diesen Parks vorgehen.

Vizestadtpräsident Rapalski wies mit Recht darauf hin, daß es durch die Beleuchtung der Parks gerade der ärmeren Bevölkerung, die sich eine Reise in die Sommerfrische nicht leisten könne, ermöglicht werden solle, sich an warmen Sommertagen länger im Freien und in frischer Luft zu bewegen. Für den diesbezüglichen Antrag des Stv. Wojewodzki stimmte — nur er allein. Freilich wurde der Antrag abgelehnt.

Man ging dann die einzelnen Punkte des ordentlichen sowie außerordentlichen Budgets durch, und diese Budgets wurden der Reihe nach in 2. Lesung angenommen.

Anschließend wurde dann gleich die Abstimmung über das Budget der städtischen Unternehmen fortgesetzt.

Der Protest der Lodzer Selbstverwaltung gegen das neue Selbstverwaltungsgesetz.

Bekanntlich hatte das Magistratspräsidium in Angelegenheit des neuen Regierungsprojektes zu einem Selbstverwaltungsgesetz eine Resolution gefaßt, in der festgestellt wird, daß das neue projektierte Selbstverwaltungsgesetz gegen den Grundsatz der Selbstverwaltung der territorialen Gemeinden gerichtet ist und daß die Lodzer Selbstverwaltung deshalb gegen das projektierte Gesetz Protest erheben wird. Diese Resolution wurde in der Sitzung am 8. Februar dem Stadtrat zur Annahme vorgelegt. Auf Antrag der Opposition wurde die Resolution, die wir am 9. Februar im Wortlaut veröffentlicht haben, der Kommission für allgemeine Fragen überwiesen, damit einige Stadtratmitglieder der Opposition, wie sie erklärten, sich mit dem projektierten Gesetz besser bekannt machen konnten. In der gestrigen Sitzung der genannten Kommission wurde nun über die Angelegenheit der Resolution beraten.

Ueber diese Angelegenheit referierte Stv. Rechtsanwalt Kempner. Im Endergebnis wurde beschlossen, die Resolution ohne Aenderung zu belassen und sie dem Stadtrat neuerlich zur Annahme zu unterbreiten.

Eine „Anklage" Dr. Wielinskis zusammengebrochen.

Gestern wurde im Warschauer Stadtgericht der Lodzer Kaufmann Feliks Tyber wegen Verleumdung des Schöffen Izdebski, Leiter der Bauabteilung des Lodzer Magistrats, auf Grund des Art. 531 des Strafgesetzbuches zu 500 Zloty Geldstrafe oder 2 Monate Haft verurteilt.

Ueber den Sachverhalt des Prozesses ist zu berichten: Zur Zeit, als in Lodz die Petrikauer Straße asphaltiert werden sollte, erschien beim Vizestadtpräsidenten Rapalski der Vertreter der Warschauer Asphaltgesellschaft PTA und erklärte, daß ihm Feliks Tyber seine Vermittlerdienste bei dem Schöffen Izdebski in Sachen der Uebergabe der Asphaltarbeiten an die Gesellschaft angeboten habe, indem er sich hierbei auf seine persönliche Bekanntschaft mit Izdebski berief. Der nach dem Magistrat zitierte Tyber bekannte sich zu dieser Tat, wies aber darauf hin, daß sein Vorgehen ohne Wissen Izdebskis geschehen sei und nur den Zweck hatte, Vertreter der Gesellschaft in Lodz zu werden. Diese Erklärung gab er hierauf dem Magistrat auch schriftlich. Als aber Vizestadtpräsident Wielinski aus der PPS austrat, da benutzte er diese Angelegenheit zu einer der hauptsächlichsten Anklagen gegen den Schöffen Izdebski. Schöffe Izdebski, der sich bei der Behandlung der Wielinskischen Verleumdungen in der Stadtverordnetenversammlung der Erklärung des Schöffen Kuk, gegen die Verleumder gerichtlich vorzugehen, anschloß, klagte den Tyber im Warschauer Stadtgericht an, davon ausgehend, daß das Vergehen in Warschau verübt wurde. Vor ungefähr 3 Monaten fand der Prozeß im ersten Termin statt; er mußte aber vertagt werden, da der Vertreter der Asphaltgesellschaft, der als Zeuge vorgeladen war, nicht erschien. In der gestrigen Gerichtsverhandlung bekannte sich Tyber reumütig zu seinem Vergehen und bat Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit zu nehmen. Das Gericht fällte das oben angeführte Urteil. Durch dieses Urteil ist eine der hauptsächlichsten „Anklagen" des Dr. Wielinski zusammengebrochen.

Aus Welt und Leben.

Miß Slade verhaftet.

Bombay, 18. Februar. Die Tochter des englischen Admirals Slade, eifrige Anhängerin Gandhis, wurde heute früh wegen Nichtbefolgung des polizeilichen Ausweisungsbefehls verhaftet. Miß Slade wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Tote bei einer zwangsweisen Steuereinziehung.

In der Gemeinde Pacsa im ungarischen Komitat Gömör kam es, als ein Steuerbeamter auf dem Viehmarkt einige Rinder zweier Landwirte, die ihre Steuern nicht bezahlt hatten, versteigern wollte, zu blutigen Zusammenstößen. Die Menge griff die Gendarmen, die den Steuerbeamten begleiteten, mit Steinen und Stöcken an, so daß die Polizisten von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten. Zwei Landwirte wurden getötet, zwei schwer und einer leicht verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Schweres Fliegerunglück.

Metz, 18. Februar. Ein Flugzeug des Metzer Jagdfliegerregiments erlitt über dem Flugplatz Nieder-Jeutz einen Motordefekt. Der eine der beiden Insassen, Unteroffizier Bordin, sprang mit einem Fallschirm ab, der sich jedoch nicht öffnete. Bordin stürzte unglücklicherweise in einen Hochofen und verbrannte. Der zweite Flieger, Unteroffizier Senechal, stürzte mit dem Flugzeug auf eine Baracke und war auf der Stelle tot.

Der letzte Zeuge der österreichischen Kronprinzentragödie.

In Wolkersdorf bei Wien verstarb der gewesene Kammerdiener des auf tragische Weise verstorbenen österreichischen Kronprinzen Rudolf. Der Kammerdiener Loschek ist der letzte Zeuge der Tragödie in Mayerling. Vor seinem Tode diktierte Loschek seinem Sohne seine Erinnerungen. Vielleicht werden diese Licht in den die ganze Welt so stark interessierenden Fall bringen.

Eine vierte Pyramide bei Gizeh entdeckt?

Kairo, 18. Februar. Der ägyptische Altertumsforscher Professor Selim Hassan teilt mit, daß er in Gizeh in der Nähe der drei berühmten Pyramiden eine vierte Pyramide entdeckt habe. Die Grundfläche der neuen Pyramide betrage 500 Quadratmeter.

Tod durch den Radiokopfhörer.

Hamburg, 18. Februar. Ein 50 Jahre alter Eisenbahnbeamter hatte sich gestern mit dem Kopfhörer niedergelegt und wollte, um das Licht abzuschalten, der Bequemlichkeit halber die Birne einer elektrischen Lampe einfach locker schrauben. Hierbei muß er in den Lichtstromkreis geraten sein. Er wurde infolge des Erdschlusses sofort getötet.

Mit dem Ballon in 9000 Meter Höhe.

Bitterfeld, 18. Februar. Der Ballon „Ernst Brandenburg" ist heute vormittag um 9.28 Uhr zu einer Substratosphärenfahrt gestartet. Die Fahrt wird in etwa 8—9000 Meter Höhe verlaufen und dient der Kontrolle und Vervollständigung der Höhenstrahlenmessungen. Meteorologischer Leiter ist Sucksdorf-Berlin, Führer des Ballons der Bitterfelder Ballonführer Schütze. Ein zweiter Ballon, der bereits um 9,06 Uhr startete, begleitete den Substratosphärenballon in niedrigerer Höhe.

Aus dem Gerichtssaal.

Bestrafte Wechselfälscher.

Massenwechselfälscher vor Gericht. Zwei Wechselfabrikanten und 3 Helfer auf der Anklagebank.

Im Jahre 1930 wurde der 38jährige Josef Stachura wegen Wechselfälschung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Am 6. Oktober 1930 brachte der im Gefängnis in der Kopernikastraße 29 seine Strafe verbüßende Stachura der Staatsanwaltschaft in Lodz zur Anzeige, daß er außer den Wechseln, für die er verurteilt wurde, noch zahlreiche andere Wechsel gefälscht habe, die sich noch im Umlauf befinden. Gleichzeitig bat der Sträfling, diese Wechsel aus dem Verkehr zu ziehen.

Die Staatsanwaltschaft ordnete daher eine neue Untersuchung der Angelegenheit an, durch die folgendes festgestellt wurde. Josef Stachura lernte im Jahre 1928 einen Antoni Pietruszka kennen und gründete mit ihm ein elektrisches Installationsgeschäft. Die für das Geschäft notwendigen Materialien kauften die beiden Teilhaber meist gegen Wechsel, die sie hierzu massenweise fälschten. Stachura hatte zu den Wechselfälschungen zwei falsche Firmenstempel anfertigen lassen, und zwar einen „Sklad Porcelany, W. Majewski, Radom, Marjanska 26" und einen zweiten „Fabryka Armatur, M. Gicler, Radom, Zelazna 18". Unter Anwendung dieser gefälschten Firmenstempel fälschten Stachura und Pietruszka eine größere Zahl von Wechseln auf den Gesamtbetrag von 14 000 Zloty, die sie verschiedenen Warenlieferanten in Zahlung gaben. Nach der Auflösung des Installationsgeschäfts setzte Stachura die Wechselfälschungen allein fort und wurde hierbei ertappt und zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die gemeinsam mit Pietruszka begangenen Wechselfälschungen kamen nicht gleich an den Tag und Stachura ging von der Annahme aus, daß es für ihn günstiger sei, die Strafe für sämtliche Wechselfälschungen auf einmal abzubüßen, worauf er die übrigen noch unentdeckten Fälschungen selbst der Staatsanwaltschaft zur Anzeige brachte.

Während der Untersuchung wurde ferner festgestellt, daß bei der Verbreitung der gefälschten Wechsel der 36jährige Wladyslaw Pietrzak, der 32jährige Wladyslaw Nowak und der 38jährige Josef Mikula behilflich gewesen sind. Stachura, Pietruszka, Wojtczak, Nowak und Mikula hatten sich gestern vor dem Bezirksgericht, die ersteren beiden wegen Wechselfälschung und die letzteren wegen Beihilfe, zu verantworten. Vor Gericht waren Stachura und Pietruszka geständig und erklärten, sie seien in einer schwierigen finanziellen Lage gewesen und hätten zu der Fälschung der Wechsel greifen müssen, die sie nachträglich einlösen wollten. Die übrigen drei Angeklagten bekannten sich nicht zur Schuld. Nach Feststellung des Tatbestandes verurteilte das Bezirksgericht den 38jährigen Josef Stachura zu 2 Jahren und den 29jährigen Antoni Pietruszka zu 6 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. (a)

Ruhig Blut bewahren ist das beste.

An der Verkaufsbude des Kriegsinvaliden Josef Jarosz in der Zachodniastraße 67 neben dem Postamt kaufte am 6. November v. J. der Poludniowastraße 15 wohnhafte Elias Brodt eine größere Menge Stempelmarken. Nachdem er auf die Zahlung Rest erhalten hatte, entfernte er sich von der Verkaufsbude, kam aber wenige Augenblicke später wieder zurück und verlangte noch 1 Zloty, den ihm der Invalide angeblich zu wenig herausgegeben hätte. Da Jarosz behauptete, richtig Rest gegeben zu haben, entstand zwischen ihm und Brodt ein Streit, auf den bald andere Vorübergehende aufmerksam wurden. Unter anderen blieb ein Moszek Berger stehen und ergriff in dem Streit für Brodt Partei. Ihm gesellten sich bald andere Vorübergehende, meist Juden, hinzu und begannen gegen Jarosz eine drohende Haltung anzunehmen. Der durch den Menschenauflauf nervös gewordene Invalide zog seinen Revolver hervor und richtete die Mündung der Waffe gegen die vor seiner Bude Stehenden. Dies wirkte, denn die eben noch aggressive Menschenmenge legte sich wie ein Mann platt auf den Erdboden, um sich dann schleunigst zurückzuziehen und um Hilfe zu rufen. Auf die Hilferufe eilte ein Polizist herbei, der dem Jarosz den Revolver abnahm und gegen ihn ein Protokoll wegen Bedrohung mit der Waffe annahm. Gestern hatte sich Josef Jarosz vor dem Stadtgericht zu verantworten, das ihn zu 50 Zloty Geldstrafe oder 7 Tagen Haft verurteilte. Gleichzeitig stellte das Stadtgericht fest, daß sowohl Brodt als auch Berger der öffentlichen Ruhestörung mitschuldig sind, da durch sie der Streit entstanden war, und ordnete eine Untersuchung gegen sie wegen Ruhestörung an. (a)

Börsennotierungen.

Geld.

Dollar U.S.A.	8.87

Schecks.

Berlin	211.85
Danzig	173.80
London	30.70
Neuyork	8.91
Paris	35.16
Prag	26.40
Schweiz	174.18
Wien	—.—
Italien	40.0

Sport.

Lodzer Ringkämpfe.

Der 6. Tag der Lodzer Ringkämpfe brachte nachstehendes Ergebnis: Tuomisto siegte über Halaniewicz in der 13. Minute; Szczerbinski wurde mit Wildmann bereits nach einer halben Minute Kampf fertig; Kroton besiegte Perkunas in der 12. Minute; der Kampf Goyer gegen Garkowienko blieb unentschieden.

Heute kämpfen: Szczerbinski — Bohatyrow, Kornacki — Tuomisto, Halaniewicz — freier Amateur und Wildmann — Garkowienko.

Radio-Stimme.

Freitag, den 19. Februar 1932.

Polen.

Lodz (233,8 M.).
12.10 Schallplatten, 15.25 Vortrag für Lehrer, 15.45 Börsenbericht, 15.50 Vortrag für Kranke, 16.40 Schallplatten, 16.35 Englischer Unterricht, 17.35 Nachmittagskonzert, 18.50 Verschiedenes, 19.30 Filmschau, 19.45 Radionachrichten, 20 Musikalische Plauderei, 20.15 Sinfoniekonzert, 22.40 Nachrichten, 22.50 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.)
11.15 Konzert, 14 Konzert aus Köln, 16.05 Kuriositäten und Sport, 17.40 Filmbesprechung mit jungen Menschen, 19 Stimme zum Tag, 19.10 Chorgesänge, 19.30 Unterhaltungsmusik, 20.15 Cäcilia Hansen spielt, 21.10 Quer durch die Sender.

Königswusterhausen (983,5 kHz, 1635 M.).
12.10 Schallplatten, 14 Konzert, 15 Jungmädchenstunde, 15.40 Jugendstunde, 19.20 Stunde des Arbeiters, 19.40 Oper: „Das Herz".

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
11.50 Konzert, 13.05 Konzert, 15.50 Bastelstunde, 18.40 Englischer Unterricht, 20 Worüber man in Amerika spricht, 20.15 Lied und Ballade, 20.45 Konzert, 22.25 Nachtmusik.

Wien (581 kHz, 517 M.).
11.30 Konzert, 13.10 Schallplatten, 15.30 Kinderstunde, 16 Jugendstunde, 17 Konzert, 18.45 Körpersport, 19.35 „Missa Solemnis" von Beethoven, 22 Künstlerakademie.

Prag (617 kHz, 487 M.).
11 Schallplatten, 12.45 Konzert, 16 Konzert aus Brünn, 18.20 Deutsche Sendung, 19 Oper.

Sinfoniekonzert aus der Warschauer Philharmonie.

Am heutigen Freitag, um 20.15 Uhr, übernimmt der Lodzer Sender aus der Warschauer Philharmonie ein Sinfoniekonzert, an dem der weltbekannte Violoncellist Emanuel Feuermann als Solist teilnimmt. Feuermann, gegenwärtig Professor an der Berliner Musikakademie, ist dem Lodzer Publikum durch zahlreiche Konzerte längst bekannt als ganz hervorragender Techniker: der Künstler hat denn auch für das heutige Konzert eines der schwierigsten Werke für Violoncello gewählt — das Violoncellokonzert von Haydn. Das Philharmonische Orchester spielt: eine Sinfonie von Mozart, Richard Strauß' „Eulenspiegel" und „La Valse" von Maurice Ravel.

Heutige Vorträge.

Heute, Freitag, hält vor dem Mikrophon des Warschauer Senders Konrad Gorski einen für Lehrer bestimmten Vortrag unter dem Titel „Die Trilogie von Sienkiewicz". — Um 16.20 Uhr hält Stanislaw Kaszycki in Krakau einen Vortrag über „den italienischen Condottiere des 15. Jahrhunderts Francesco Carmagnola". — In der Zwischenpause des heutigen Abendkonzerts wird der Schriftsteller und Dramaturg Waclaw Rogowicz einen Vortrag über den polnischen Roman in den letzten zwei Jahren halten. — Alle genannten Vorträge werden auch vom Lodzer Sender übernommen.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lodz-Zentrum. Jahresgeneralversammlung am Sonnabend, den 20. Februar, um 7 Uhr abends. Tagesordnung: 1. Referat über den Haushaltsplan der Stadt Lodz für 1932-33, 2. Protokollverlesung, 3. Berichte, 4. Wahl des Vorstandes, 5. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Lodz-Ost, Nowo Targowa 31. Freitag, den 19. Februar, um 7 Uhr abends, Vorstandssitzung unter Beisein der Gen. E. Zerbe und Zinser. Das Erscheinen der Vertrauensmänner und der Revisionskommission ist ebenfalls erforderlich.

Chojny. Morgen, Sonnabend, um 8 Uhr abends, findet im Parteilokal, Rysia 36, eine Sitzung des alten und neugewählten Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Revisionskommission statt. Vollzähliges Erscheinen ist erforderlich.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute 8.30 Uhr Dreyfus
Kammer-Theater Heute Keine Vorstellung
Populäres Theater, Ogrodowa 18: Heute 8.15 Uhr „Der ewige Jude"
Capitol: X—27
Corso: Mensch der Arena
Casino: Trader Horn
Grand-Kino: In den Klauen der Tscherezwitschaika
Luna: Der Kongreß tanzt
Odeon und **W dew i:** Der Sänger der Berge
Oswiat we: Das Geheimnis der Dembliner Zitadelle — In Gefangenschaft des Scheiks
Przedwiośnie: Gefährliches Paradies
Rakieta: Melodie des Glücks
Splendid: Das Spiel mit der Liebe
Uciecha: Die Sklavin der Liebe